

RT Rathaus-Telegramm



der Liberalen im Reutlinger Gemeinderat

Modellstadt mit Tempo 40

Gemeinderatsmehrheit fordert mit der FDP neue Wege bei EU-Umgebungslärm-Richtlinie

Die Mehrheit des Reutlinger Gemeinderats will auf den Durchgangsstraßen statt des derzeitigen Wirrwarrs einheitlich Tempo 40. FDP-Stadträtin Regine Vohrer hält hier 40, dort 30 oder auch mal 50 oder 60 nicht für sachgerecht. Sie und Stadtrat Hagen Kluck plädierten mit CDU, FWV, WiR und AfD für einen Modellversuch mit generell 40 auf den Durchgangsstraßen. Entsprechend wurde die von der Stadtverwaltung vorgeschlagene dritte Fortschreibung der EU-Umgebungslärm-Richtlinie abgelehnt. Der Oberbürgermeister wurde aufgefordert, beim Bundesverkehrsministerium einen Modellversuch mit dieser Einheitsgeschwindigkeit zu beantragen. Die Stadtverwaltung hatte vorgeschlagen, Geschwindigkeitsbegrenzungen von 40 Kilometern pro Stunde teilweise auf 30 zu reduzieren. Allerdings wären dann auch der zeitkritische Berufsverkehr wie Handwerker und Lieferdienste und insbesondere die RSV-Busse auf Strecken betroffen, auf denen kein Lärmproblem besteht. „Wir müssen uns vor einer erneuten Fortschreibung hüten“, betonte Regine Vohrer, „wir brauchen endlich eine einheitliche Regelung“. Sie warnte vor einer Hysterisierung der Gesundheitsgefahren durch Lärm. Jetzt will man es mit einem Modellversuch probieren, dem Bund und Land allerdings zustimmen müssen. Den Hinweis der Stadtverwaltung auf die Gesetzeslage ließ Stadträtin Vohrer nicht gelten: „Wenn das schon Gesetzeslage ist, brauchen wir doch keinen Gemeinderatsbeschluss, dann braucht die Stadtverwaltung unsere Zustimmung nicht“.



In der Schweiz findet man solche Verkehrsschilder bereits häufiger. Bei uns geht so etwas bisher nur als Modellversuch.



So könnte sie einst fahren, die Regionalstadtbahn Neckar-Alb an der Lederstraße in Reutlingen. FDP-Stadtrat Hagen Kluck ärgert sich darüber, dass Regierungspräsident Klaus Tappeser sie immer wieder in Frage stellt.

Kritik an RP-Kritik

Liberales Unverständnis für Ermahnungen des Regierungspräsidenten zur Regionalstadtbahn

In der letzten Gemeinderatssitzung musste sich FDP-Stadtrat Hagen Kluck nach eigener Aussage mal wieder über Regierungspräsident Klaus Tappeser ärgern. „Bei der Genehmigung des Nachtragshaushaltes der Stadt Reutlingen wettert er mal wieder gegen die Regionalstadtbahn Neckar-Alb“, beklagte sich Kluck. Obwohl die Landesregierung, der Tappeser untersteht, dazu ermuntert hat, dieses Jahrhundertprojekt auf den Weg zu bringen, halte der Regierungspräsident selbst davon wohl eher wenig. „In Bezug auf das Großvorhaben Regional-Stadtbahn Neckar-Alb weist das Regierungspräsidium auch im Rahmen der diesjährigen Haushaltsplanung wieder darauf hin, dass die mit diesem Großvorhaben verbundenen dauerhaften finanziellen Belastungen und erheblichen Risiken im Auge zu behalten sind“, heißt es im persönlich unterschriebenen Erlass aus Tübingen, „auch im Hinblick auf dieses Projekt hat die Stadt Reutlingen stets darauf zu achten, dass ihre finanzielle Leistungsfähigkeit nachhaltig erhalten bleibt.“ In diesem Zusammenhang weist das Regierungspräsidium „nochmals auf die im Finanzplanungszeitraum des Zweckverbands eingeplanten hohen Investitionsauszahlungen, die hierzu erforderlichen Kreditaufnahmen und die damit verbundenen Schuldendienstbelastungen hin“. Die Stadt Reutlingen „hat weiterhin zwingend sicherzustellen, dass die nach § 77 GemO vorgegebene stetige Aufgabenerfüllung durch das Großvorhaben Regional-Stadtbahn Neckar-Alb zukünftig weder gefährdet noch beeinträchtigt werden wird.“ Für die Landesregierung von Baden-Württemberg ist das Projekt Regionalstadtbahn beispielhaft für eine notwendige Verkehrswende im Land: „Die Menschen in der Region Neckar-Alb bekommen mit der Regionalstadtbahn eine attraktive Möglichkeit, vom Auto auf die klima- und umweltfreundliche Bahn umzusteigen.“ Die Regional-Stadtbahn Neckar-Alb soll als ein regionales Schienenverkehrsprojekt die Städte und Gemeinden der Region durch eine Zweisystem-Stadtbahn verbinden. Dabei will man Eisenbahnstrecken im Umland nutzen, modernisieren, erweitern und reaktivieren und diese mit neu zu bauenden innerstädtischen Straßenbahnstrecken verknüpfen.

Für autonomere KiTas

FDP schlägt Eigenbetrieb oder gemeinnützige Gesellschaft für städtische Einrichtung vor

Reutlingen hat mit die höchsten Kindergartenbeiträge im Land. Immer wieder gibt es Vorschläge, wie man die Zuzahlungen der Eltern gerechter gestalten kann. Leider wurde der Vorschlag der FDP, die städtischen Kindertageseinrichtungen in einem Eigenbetrieb zusammenzufassen oder in eine gemeinnützige Gesellschaft zu überführen, bisher immer ignoriert. Deshalb erneuern Regine Vohrer und Hagen Kluck im FDP-Beitrag zum Reutlinger Amtsblatt diesen Vorschlag. Man habe bei der Stadt sehr gute Erfahrungen mit Eigenbetrieben, beispielsweise bei den Technischen Betriebsdiensten (TBR) oder der Stadtentwässerung Reutlingen (SER). Und mit gemeinnützigen GmbHs etwa bei der Reutlinger Altenheimgesellschaft (RAH) oder der Volkshochschule (VHS). Freie Träger seien viel zu lange nicht ausreichend gefördert worden, obwohl Reutlingen im Verhältnis zu Vergleichsstädten wie Tübingen oder Ludwigsburg zu viele städtische und zu wenig freie KiTas hat. Kommunale Eigenbetriebe bieten Vorteile gegenüber Regiebetrieben, wie eine größere Flexibilität bei Investitionen und Personalausstattung, kürzere Entscheidungswege, erleichterte Transparenz und Erfolgskontrolle sowie die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Geschäftsführung. Gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung bringen steuerliche Erleichterungen, eine hohe Flexibilität in der Gestaltung und Führung, sowie die Möglichkeit, Spenden einzuwerben und zu nutzen. Man könnte eine Kinderbetreuungs-gGmbH noch mit einer Stiftung verbinden, die auch für Nachlässe und dauerhafte Zuwendungen interessant wäre. So etwas habe man bei der RAH mit der Stiftung Altenhilfe und bei der VHS mit der Stiftung Volksbildung.

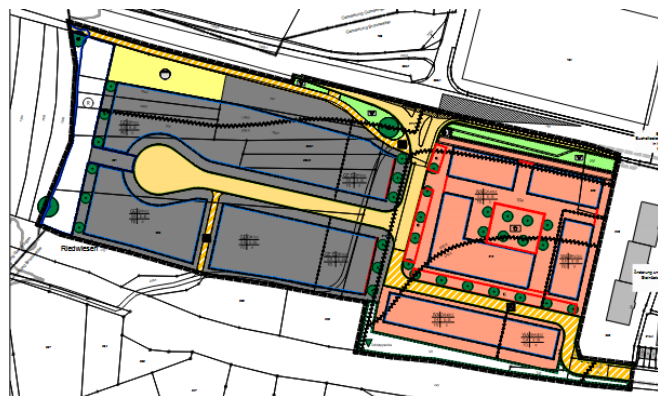


Kinderbetreuung ist in vielen Organisationsformen möglich.

RT Rathaus-Telegramm

der Liberalen im Gemeinderat der Stadt Reutlingen
Verantwortlich für den Inhalt:

Hagen Kluck, Mössingerstraße 9, 72770 Reutlingen
Telefon 0175 2426573, Mail: hagen-kluck@gmx.de



Bei den Bronnweiler Riedwiesen plant die GWG Wohnungsbau (rechts) und mittelfristig auch ein Gewerbegebiet.

Mit variablen Wohnformen

Gemeinderat beschließt Auslegung des neuen Bebauungsplans Riedwiesen in Bronnweiler

Zur Schaffung von Wohn- und gewerblichen Bauflächen sowie zur Neugestaltung des Ortseinganges von Bronnweiler wird das Gebiet Riedwiesen am westlichen Rand des Ortes entwickelt. Stadträtin Regine Vohrer begrüßte das Ziel der Planung, mit möglichst variablen Wohnformen (wie beispielsweise Mehrgenerationenwohnen) ein Wohngebiet für alle Bevölkerungsgruppen in Verbindung mit einer hohen Freiraum- und Aufenthaltsqualität zu schaffen. Die Planungen reichen vom Geschosswohnungsbau über den klassischen Mietwohnungsbau bis hin zu einer möglichen Reihenhausbauweise. Die Gewerbegebietsausweisung im westlichen Anschluss konzentriert sich auf die Bereitstellung von Flächen für kleinere Unternehmen und vorzugsweise lokal nachfragende Handwerksbetriebe. Regine Vohrer nannte das „ein schönes Konzept“. Sie lobte die GWG-Wohnungsgesellschaft: „Der neue Geist ist ein guter“. Die beiden Gebietsteile werden räumlich durch eine hinsichtlich Nutzung und Lärmemissionen eingeschränkte Gewerbegebiet getrennt und mit schallschutzwirksamen Festsetzungen unterlegt. Die verkehrliche Erschließung orientiert sich an einem vorgeprägten Straßen- und Wegesystem mit vorhandenen Anschlussstellen (Wiesazstraße, Ottmar-Nädele-Straße). Hinzu kommt eine zentrale Zufahrt des Gewerbegebiets.

Fürs Entsorgungszentrum

Ja zum Wirtschaftsplan des Reutlinger TBR-Eigenbetriebs Technische Betriebsdienste

Die FDP hat dem Wirtschaftsplan der Technischen Betriebsdienste (TBR) für 2025 zugestimmt. Stadtrat Hagen Kluck lobte vor allem das geplante neue Entsorgungszentrum, in dem Bürgerinnen und Bürger Wertstoffe abliefern können. Der Wirtschaftsplan umfasst 43,6 Millionen Euro in Erträgen und Aufwendungen, das Investitionsprogramm sieht 10,8 Millionen vor. 2025 sind insgesamt acht neue Stellen mit einer Vollzeitäquivalenz von 6,30 geplant.